

Notlage des öffentlichen Gesundheitsdienstes im ländlichen Raum – Handlungsoptionen für ministeriale Akteure



TECHNISCHE
UNIVERSITÄT
DARMSTADT

Speyer, 19. September 2019

Nathalie Behnke



„Das größte Problem ist, dass wir seit Jahren nachweislich die uns durch verschiedene Rechtsnormen zugewiesenen Pflichtaufgaben nicht erfüllen können und wenn man nach der Ursache fragt, ist es ganz klar Personalmangel. Das ist das Hauptproblem.“

Herausforderung Personalmangel im ÖGD

Ursachen

- Demografischer Wandel – Konkurrenz um qualifizierte Arbeitskräfte
- Ärztemangel – Konkurrenz mit privaten Arbeitgebern
 - -1/3 Ärzte in GÄ'n seit 2000
- Migration in die Städte – Bevölkerungsrückgang im ländlichen Raum (besonders: Landarztmangel)

Folgen

- Probleme der Leistungserbringung (Umfang und Qualität) bei gesetzlich vorgeschriebenem Aufgabenspektrum

Hintergrund und Fragestellung

- Auftragsforschung für das Thüringer Gesundheitsministerium (TMASGFF): Bestandsaufnahme des ÖGD in TH und Handlungsoptionen zur Stärkung
- Zeitraum 03/19-08/19
- Datengrundlage
 - statistische Daten der Jahresberichterstattung der GÄ für das Thüringische Landesverwaltungsamt
 - 13 Experteninterviews im ÖGD
- Forschungsfrage: ***Welche Handlungsoptionen haben politische Akteure zur Sicherung der Qualität öffentlicher Leistungen angesichts des Personalmangels?***
- Annahme: Ergebnisse aus TH sind auf D verallgemeinerbar

Organisation des ÖGD in Thüringen

22 Gesundheitsämter (GÄ) als Erbringer öffentlicher Gesundheitsdienstleistungen, Leitung durch Amtsarzt

- Landkreise und kreisfreie Städte als verantwortliche Ebene
- kommunale Finanzierung + Schlüsselzuweisungen des Landes im Rahmen des KFA für Personalausgaben
- Fachaufsicht TLVwA und TLV, oberste Aufsichtsbehörde TMASGFF
⇒ wenig Steuerungs- und Kontrollmöglichkeiten des Landes

breites gesetzlich vorgegebenes Aufgabenfeld:

- Gesundheitsförderung, -vorsorge, -beratung, -prävention, Gesundheitsschutz
- Medizinalaufsicht (Zulassung und Aufsicht von Gesundheitsberufen)
- Hygiene-, Trink- und Badewasseraufsicht
- Kinder- und Jugendmedizin/ zahnärztliche Dienste
- Sozialpsychiatrische Dienste und Beratung, z.B. Suchtberatung

Ausgangspunkt: Steuerung des Personalmanagements durch Landesministerium als Governance-Problem

Zwei Gruppen von Adressaten:

- a) Potenzielle Beschäftigte \Rightarrow Theorien des Personalmanagements (Attraktivität steigern)
 - motivationsorientierte Theorien (ASA, PSM): Kongruenz der Wertorientierung des Arbeitgebers mit Bewerbern betonen
 - RC-orientierte Theorien (personnel economics): monetäre und nicht-monetäre Anreize setzen
- b) Kommunale Arbeitgeber \Rightarrow Theorien der Multilevel Governance
 - weiche und harte Governance-Instrumente zur Verhaltenssteuerung kommunaler Akteure
 - Kompetenzanziehung (Zentralisierung)

- Flächendeckender Personalmangel (- 2,2 Stellen pro GA)
 - regionale Variation
- v.a. Amtsärzte, Fachärzte, ÖGD-Ärzte (22% aller Stellen unbesetzt); 1 GA ohne ärztliche Leitung
- Hygienefachkräfte (5% aller Stellen unbesetzt)
- Ursachen:
 - Gestiegener Personalbedarf
 - Kommunale Personalautonomie
 - langfristige (Nach-)Besetzungsverfahren mit kommunalpolitischer Beteiligung
 - Attraktivitätsmängel, v.a. Bezahlung
 - Qualifikations- und Motivationsprobleme

Attraktivitätssteigerung

- Besetzungsverfahren optimieren
- Höhere Bezahlung (Angleichung an Arzttarife des Marburger Bundes)
- Positives Image in Öffentlichkeitsarbeit betonen
- gezielte Information in Ausbildungs- und Studiengängen, Praktika, Info-Tage u.ä.
- Möglichkeiten der berufsbegleitenden Weiterqualifikation verbessern
- Personalerhaltung und -motivation

Verbesserte Steuerung

- Personalempfehlungen aktualisieren und verbindlich umsetzen
- Zweckgebundene statt Schlüsselzuweisungen
- Zentralisierung der Personalverwaltung

Schlussfolgerungen

- Landespolitische Handlungen sind möglich
- Kombination von Strategien notwendig (Personalmanagement + Governance)
- Intensive Koordination und Vernetzung als Voraussetzung für Erfolg ⇒ viele Handlungsoptionen können nicht autonom umgesetzt werden
- Zentralisierung als effektive aber politisch umstrittene Strategie